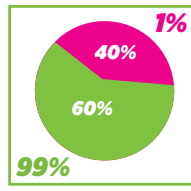




## RECYCLING

Das Sammelsystem für Verpackungen wurde in Oberösterreich neu aufgestellt. Auf Besuch in der modernsten Sortieranlage. **Seite 3**



## FAIR BESTEUERN

Die Grünen schlagen ein Modell vor, das gezielt dort ansetzt, wo große Vermögen weitergegeben werden. **Seite 5**



## FLUGHAFEN LINZ

Statt ein unrentables Business-Shuttle nach Frankfurt braucht es eine Strategie für einen Neubeginn. **Seite 6**

# OÖ.PLANET

AUSGABE NR. 129  
MÄRZ 2026 28. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

OÖ.PLANET NR. 02/2026 | ÖSTERREICHISCHE POST AG | GZ 02Z031264 M  
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



# HOFFNUNG STATT OHNMACHT

*Zwischen Kriegen und Krisen verlieren viele die Zuversicht. Wer genauer hinschaut, entdeckt überall Menschen, die anpacken – und dass Zukunft Grund zur Freude bleiben kann. Ein Beitrag von Stefan Kaineder auf Seite 2.*

## CEM – DER KANN MINISTERPRÄSIDENT

Er wird künftig im Neuen Schloss Stuttgart anzutreffen sein. Cem Özdemir, Grün-Politiker der ersten Stunde und neuer Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Das drittgrößte deutsche Bundesland bleibt damit auch nach der Ära Kretschmann Grüne Hochburg. Ermöglicht hat diesen Erfolg ein fulminanter Wahlkampfendspurt eines ebenso fulminanten Cem Özdemir. Nahe bei den Leuten. Das war Leitlinie und „auf ein Bier mit Özdemir“ nicht umsonst eine Einladung, der die Wähler:innen liebend gerne gefolgt sind. „Der kann das“



Foto: Dominik Büchmann

war nicht nur auf den Plakaten von Cem zu lesen. Es war schließlich auch feste Überzeugung vieler Baden-Württemberger:innen. Und dieser kurze Satz war auch ausgestreckte Hand an die Unternehmer-

schaft, den Klimaschutz- und Energiewende-Weg in diesem wichtigen Wirtschaftsbundesland gemeinsam zu gehen.

Was sagt uns diese Wahl: Grüne Politik, die schaut was ist und was nötig ist, ist erfolgreich. Ein charismatischer Kandidat, der diese lebt, der zuhört und die Menschen mitnimmt, kann alles erreichen. Und: die Unkerei, der Zeitgeist spräche gegen die Grünen, ist blanker Unsinn. Dominik Krause, frisch gekürter Oberbürgermeister von München, wird das wohl unterschreiben. (ME)

## Deine Meinung zählt!

Wie gefällt dir der OÖ. Planet?

Sag uns deine Meinung!



Mehr auf Seite 3

## ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK  
CHEFREDAKTEUR  
MARCO.VANEK@  
GRUENE.AT

## BILLIGER SPRIT, TEURES KLIMATICKET

Die aktuelle Benzinpreisdiskussion ist ein verkehrspolitischer Treppenwitz: Beim Sprit wird über Preisdeckel und Entlastung herumgeredet, während ausgerechnet das Klimaticket – die Eintrittskarte in eine halbwegs vernünftige Mobilitätszukunft – kürzlich wieder verteuert wurde. So wird Autofahren politisch hochgehalten, klimafreundliches Fahren mit Bahn und Bus dagegen Stück für Stück unattraktiver gemacht. Wer so agiert, braucht sich über eine ausbleibende Verkehrswende nicht wirklich wundern.

### „Das Klimaticket zur politischen heiligen Kuh erklären“

Eine Benzinpreisdeckelung mag an der Zapfsäule kurzfristig die Nerven beruhigen, zementiert aber genau jene fossile Abhängigkeit, die uns immer wieder Preisschocks beschert. Vernünftig wäre das Gegenteil: Das Klimaticket zur politischen heiligen Kuh zu erklären, seine Preise einfrieren oder senken – und die Milliarden, die sonst in Sprintsubventionen verrauchen, konsequent in erneuerbare Energien, dichtere Taktungen und bessere Öffi-Angebote zu stecken. Dann würden Menschen tatsächlich spüren, dass sie fürs Umsteigen belohnt werden, statt mit billigen Litern Treibstoff in eine teure fossil getriebene Zukunft geschubst zu werden....

... meint Marco Vanek, Chefredakteur

# HOFFNUNGSLOS?

In Zeiten der Krisen und Kriege haben viele Menschen das Gefühl, Hoffnung wäre fehl am Platz. Ich sehe das anders. Gegen alle Widrigkeiten sollten wir uns auf die Zukunft freuen. Denn, wenn wir uns nicht auf sie freuen, wird sie trotzdem unsere Zukunft sein. Ein Plädoyer für mehr Optimismus.

■ STEFAN KAINEDER

„Komm herein, die Nachbarn sind sicher gleich da“, sagt Thomas und lächelt. Die Sonne scheint, für einen Februartag ist es ungewöhnlich warm und angenehm. Das Garagentor ist offen, im Inneren ist sauber geputzt und auf einem Biertisch stehen Kuchen und Getränke bereit. Aus einem Schrank rechts hinten kommt ein leises Surren. Es ist ein Zeichen dafür, dass die PV-Anlagen viel Strom liefern, der Batteriespeicher voll ist und Wasserstoff produziert werden kann. Das ist die große Besonderheit an der Energiegemeinschaft in Gampern, die schon etliche Preise für ihr Konzept gewonnen hat. Energieversorgung für alle, vom eigenen Dach, Tag und Nacht.

Doch unser Alltag ist oft brutaler. Wer morgens aufsteht und Nachrichten konsumiert, ist schnell frustriert. Die Welt scheint aus den Fugen. Und manchmal wirkt es auf uns, als sei es unmöglich, sie wieder ins Lot zu rücken. Zu erdrückend



sind die Nachrichten über Krieg und Umweltzerstörung. Zu übermächtig scheinen die Männer, die unanständige Reichtümer an sich reißen, Demokratie und Freiheit verachten.

Doch wer den Blick vom Smartphone hebt und in die Wirklichkeit hinaus blickt, sieht auch gute Nachrichten. Und zwar fast überall. Von erneuerbaren Energiegemeinschaften, den ungebrochen hohen Installati-

onen von neuen PV-Anlagen, den steigenden Zulassungszahlen bei Elektroautos und der Umrüstung der Industrie auf erneuerbare Produktion.

Strompreise, die schon Ende Februar (!) zur Mittagszeit gegen 0 Cent tendieren. Erneuerbare Energien sind ein Geschäft geworden und der Umbau ist in vollem Gange.

### Grüne Lichtblicke

Und auch politisch gibt es Lichtblicke. In New York wurde Zohran Mamdani Bürgermeister. In Baden-Württemberg hat Cem Özdemir die Wahl gewonnen und wird in einem konservativen Industriebundesland der erste Ministerpräsident mit türkischen Wurzeln sein. Die europäischen Staaten rücken zusammen: Die Zustimmung zur EU steigt in allen Mitgliedsländern. Überhaupt ist das europäische Projekt so begehrt wie noch nie, beinahe ein Dutzend Länder wollen

Mitglied werden. Kooperation, Wertschätzung und gegenseitige Hilfe sind wichtiger denn je. Und sie werden täglich geübt, von der Nachbarschaft bis zum Staatenbund der EU.

### Sorgsamer Umgang der Menschen miteinander

In Gampern kommt nach und nach die Nachbarschaft zusammen. Die Begrüßung ist wohlwollend und warmherzig. Man spürt sofort, dass die Menschen einander schätzen und mögen. Während Thomas die Anlage erklärt, hat er durchgängig ein Lächeln im Gesicht. Er ist sichtlich stolz darauf, dass sich die Nachbarschaft unabhängig gemacht hat und mit Sonnenstrom versorgt. Am Weg nach Hause lässt mich ein Gedanke nicht mehr los: Das Inspirierende an der Energiegemeinschaft in Gampern ist nicht die Technik, sondern der sorgsame Umgang der Menschen miteinander. Das macht Hoffnung.



Foto: Die Grünen München

## MIA SAN GRÜN!

Herzliche Gratulation an den neuen Münchner Oberbürgermeister **Dominik Krause**! Für Landessprecher Stefan Kaineder ist das Ergebnis „eine Grüne Sternstunde“ und „ein starkes Signal für ehrliche, zukunftsorientierte Politik nahe bei den Menschen“. Der nächste Grüne Big Point nach dem Erfolg von Cem Özdemir in Baden-Württemberg.

## MEHR GRÜN STATT BETON

Mit einem erweiterten Förderprogramm setzt das Umweltressort des Landes Oberösterreich einen klaren Schwerpunkt auf Klimaanpassung in den Gemeinden.

■ MARCO VANEK

Im Zentrum des neuen Umweltförderprogrammes des Ressorts von Landesrat Kaineder steht die deutlich aufgewertete Entsiegelungsförderung.

Gefördert werden Maßnahmen, die Böden wieder funktionsfähig machen, Wasser

speichern, Schatten schaffen und stark aufgeheizte Flächen in kühlere Aufenthaltsräume verwandeln – etwa durch entsiegelte Parkplätze, neue Baumreihen oder begrünte Fassaden. Seit 2023 wurden 75 Entsiegelungsprojekte mit insgesamt rund 875.000 Euro

unterstützt. Gemeinden und Vereine erhalten für vollständig entsiegelte und begrünte Flächen 130 Euro pro Quadratmeter, für teilentsiegelte, wasserdurchlässig befestigte Flächen wie Rasengittersteine 80 Euro, bei bis zu 70 Prozent Förderquote und maximal

100.000 Euro. Bodenbündnis-Gemeinden erhalten zusätzlich 20 Euro pro Quadratmeter, die Obergrenze steigt auf 125.000 Euro.

### Beispiel Bad Ischl

Wie Klimaanpassung konkret aussieht, zeigt Bad Ischl: Der Parkplatz in der Dumbastraße wird mit wasserdurchlässigen Gitterelementen, klimafitten Bäumen und standortgerechter Begrünung umgestaltet. Regenwasser kann wieder vor Ort versickern, Hitzeinseln werden reduziert und invasive Neophyten durch angepasste Arten ersetzt, was Klima, Wasserhaushalt und Biodiversität zugutekommt.



# VERPACKUNGSRECYCLING: HIGHTECH – AUSBAUFÄHIG

In Oberösterreich wurde zu Jahresbeginn 2025 das Sammelsystem für Leichtverpackungen auf neue Beine gestellt. Umweltlandesrat Stefan Kaineder besuchte die modernste Sortieranlage Europas in Enns.

■ MARCO VANEK

Zwischen Containern, Schienen und Verladekränen erhebt sich am Ennsdamm die TriPlast-Halle – von außen ein nüchterner Industriebau, im Inneren ein Kernstück der oberösterreichischen Kreislaufwirtschaft. Auf 2,5 Kilometern Förderbändern rauschen Folien, Flaschen und Dosen vorbei, Scanner blitzen, Luftdüsen sortieren das bunte Gemisch in 24 Fraktionen; am Ende stehen sortenreine Kunststoffballen, die als Rohstoff in die Industrie zurückgehen. Die neue Sortieranlage von TriPlast im Ennsdamm verarbeitet jährlich bis zu 100.000 Tonnen Leichtverpackungen aus dem Gelben Sack und der Gelben Tonne – rund die Hälfte der österreichischen Sortierkapazität.

„Das Pfandsystem funktioniert und die Menschen machen mit“, sagt Landesrat Stefan Kaineder, während er auf die laufenden Bänder blickt. Für ihn ist TriPlast mehr als ein gewöhnlicher Sortierer: Dies hier ist ein sichtbarer Beleg dafür, dass aus Abfall eine Ressource werden kann, wenn Sammelsysteme, Technik und Bevölkerung zusammenspielen.



ARA Altstoff Recycling Austria AG/ARA-Photoservice/Schneeberger Foto: Markus Schneeberger

## Hohe Akzeptanz beim Sammeln

Seit 1. Jänner 2025 landen in Oberösterreich Kunststoff- und Metallverpackungen gemeinsam im Gelben Sack oder in der Gelben Tonne. 36.000 Tonnen wurden im ersten Jahr gesammelt, zwei Prozent mehr als zuvor. Knapp 460.000 Haushalte sind bereits an die Ab-Haus-Sammlung angeschlossen, und laut IMAS-Umfrage finden 88 Prozent der Oberösterreicher:innen das System „sehr gut“ oder „gut“. „Obwohl es Änderungen im Sammelsystem gab, sind die

Oberösterreicher:innen beim Abfalltrennen hoch engagiert“, hält Kaineder fest.

## Ein Jahr Flaschen- und Dosenpfand

Parallel dazu hat das Einwegpfand für Kunststoffflaschen und Dosen den Alltag verändert. 1,4 Milliarden Pfandgebilde wurden im ersten Jahr österreichweit zurückgegeben, 197 Millionen davon in Oberösterreich – eine Sammelquote von 81,5 Prozent. An den Rückgabeautomaten zeigt sich, was Kaineder meint,

wenn er sagt: „Die Rückgabequoten steigen, und das ist ein echter Gewinn für unsere Umwelt und ein kräftiger Schub für die Kreislaufwirtschaft.“ Sortenreine, saubere Gebinde bilden die Basis für „Flasche-zu-Flasche“- und „Dose-zu-Dose“-Recycling.

## Noch nicht alle Recyclingquoten erfüllt

TriPlast ist der technische Gegenpart zu diesem Verhalten: ARA, Bernegger und Der Grüne Punkt haben rund 65 Millionen Euro in den Standort investiert, 70 Green Jobs geschaffen. Die trimodale Anbindung – per Lkw, Bahn und Schiff – und eine nachhaltige Energieversorgung sollen dafür sorgen, dass die aufbereiteten Sekundärrohstoffe möglichst emissionsarm bereitgestellt werden. Ein zusätzliches Werk um 35 Millionen Euro ist bereits in Planung, das das Kunststoffrecycling „auf ein neues Level heben“ soll.

Ganz ungetrübt fällt die Bilanz aus Sicht des Landesrats dennoch nicht aus. „Bei Papier und Glas erfüllt Österreich die europäischen Recyclingquoten vorbildlich. Bei Kunststoffen haben wir noch Luft nach oben“, sagt Kaineder. Er kritisiert, dass gemeldete Recyclingquoten mancher EU-Staaten „in der Praxis nicht realistisch“ seien und zu wenig geprüft würden, und verweist zugleich auf wachsende Verpackungsmengen. Für ihn ist klar: „Es ist unerlässlich, Wertstoffe im Kreislauf zu halten und stoffliches Recycling zu forcieren.“

## KRAFTLOSE ENERGIEPOLITIK UND HOHLE PHRASEN

■ BENJAMIN WIMMER

Bei weltpolitischen Krisen kommt der Energie-Preishammer. Dann dreht sich die fossile Kostenspirale. Das ist längst bekannt. Ebenso, dass wir uns von dieser Abhängigkeit befreien und die Erneuerbaren ausbauen müssen. Die schwarz-blaue Regierungskoalition verschreibt sich aber lieber dem Kampf gegen die Windkraft und verbaut damit dem Land eine gute Zukunft. Viel schlimmer ist aber, dass man, ohne mit der Wimper zu zucken, in Kauf nimmt, dass den Leuten im Land immer mehr Geld aus der Tasche gezogen wird. Solange uns ÖVP und FPÖ freiwillig in der Vergangenheit und in dieser Energie-Abhängigkeit feststecken lassen, zahlen die Leute in OÖ drauf.

„Statt ernsthafte, lösungsorientierte Politik zu betreiben, setzt man weiterhin auf hohle PR-Aktionen.“

Wenn man dann zeitgleich auch noch die Ankündigung von Minister Hattmannsdorfer hört, dass Tankstellen künftig nur noch an drei Tagen pro Woche die Preise erhöhen dürfen, fragt man sich, ob die ÖVP mittlerweile komplett losgelöst von der Lebensrealität der Menschen im Land agiert und regiert. Statt ernsthafte, lösungsorientierte Politik zu betreiben, setzt man weiterhin auf hohle PR-Aktionen und verhöhnt damit die Menschen im Land.



## GUSEN WIRD HOCHWASSERFIT

In St. Georgen an der Gusen zeigen Land Oberösterreich und Gemeinde, wie technischer Hochwasserschutz und naturnahe Flussgestaltung zusammenwirken. Entlang der Gusen wurde das Flussbett auf rund 1,2 Kilometer verbreitert, Seitenarme angelegt. Durch mehr Schotterbänke, Inseln und Totholz wurde eine bessere Struktur des Flusses geschaffen. Dadurch entsteht ein zusätzlicher Lebensraum für Fische und andere Gewässerorganismen und zugleich ein kleines Naherholungsgebiet für die Bevölkerung. Die laufende Pflege mit gezielten Räumungen stellt sicher, dass die Abflusskapazität in kritischen Bereichen erhalten bleibt. Stefan Kaineder: „Nur wenn Hochwasserschutz und Renaturierung Hand in Hand gehen, lassen sich Menschen schützen und natürliche Flusslebensräume sichern.“



## IN EIGENER SACHE:

Der oö.planet geht mit dieser 129. Ausgabe in sein 28. Jahr. Wir sind die einzige verbliebene gedruckte Zeitung einer Grünen Landesorganisation und sind stolz darauf so lange und ohne Unterbrechung zu erscheinen. Alle paar Jahre fragen wir unsere Leserinnen und Leser nach ihrer Meinung zu diesem Medium. Nun ist es wieder soweit, und ich lade in Namen der Redaktion und unserer Herausgeber:innen ein, an der elektronischen Umfrage teilzunehmen. Wir werden die Ergebnisse in unseren geplanten Relaunch einfließen lassen.

## Deine Meinung zählt!

Wie gefällt dir der OÖ. Planet?  
Was können wir besser machen?  
Sag uns deine Meinung und hilf mit,  
unsere Zeitung weiterzuentwickeln.

Einfach QR-Code scannen und an der kurzen Online-Befragung teilnehmen und einen **100€-Gutschein vom Biohof Achleitner** gewinnen



## KOMMENTAR



■ ANNE-SOPHIE BAUER  
LANDTAGSABGEORDNETE  
ANNE-SOPHIE.BAUER  
@GRUENE.AT

G'SPÜR STATT  
GLEICHSTELLUNG?

Die Familienministerin findet, wir sollten uns beim Kinderkriegen auf unser „G'spür“ verlassen. Was soll das heißen? Ein bisschen weniger über Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachdenken? Mental Load, Gender-Pay-Gap, weibliche Altersarmut, einfach weglächeln? In Zeiten der Klimakrise Zukunftsängste bitte ausblenden?

Wenn Politiker:innen sich auf „wie früher“ berufen, ist das meist kein gutes Zeichen, vor allem nicht wenn es um Frauen- und Familienpolitik geht. Und spätestens, wenn das Argument der „Natürlichkeit“ bedient wird, sollten alle Alarmglocken schrillen. Ich will keine Familienministerin, die wie eine Tradwife klingt.

Wenn die ÖVP uns die Entscheidung einfacher machen möchte, könnte sie damit beginnen die gratis Nachmittagsbetreuung im Kindergarten wieder einzuführen, die sie in Oberösterreich abgeschafft haben.

# 17,6%

Der Gender Pay Gap lag 2024 in Österreich bei 17,6%. Das heißt: Frauen verdienen pro Arbeitsstunde im Durchschnitt fast ein Fünftel weniger als Männer – und Österreich zählt damit zu den EU-Ländern mit den größten Lohnunterschieden. (Quelle: Eurostat / Statistik Austria)

GEWALTSCHUTZ IST  
GEMEINSCHAFTSAUFGABE

Wie kann unsere Gesellschaft wirksam gegen häusliche Gewalt und Femizide vorgehen? Dieser Frage stellten sich Fachleute aus Praxis, Wissenschaft und Exekutive bei einem Symposium der Grünen Bildungswerkstatt.

## ■ SANDRA PROMMER

Die Initiatorin dieser Veranstaltung und Grüne Frauensprecherin, Dagmar Engl, betonte in ihrer Begrüßung die Bedeutung von Prävention, Aufklärung und der Arbeit mit jungen Männern. „Echte Gleichstellung beginnt dort, wo keine Frau mehr Mut braucht, um sicher zu sein“, so Engl.

Strategien und  
Anlaufstellen im Fokus

Mit ihrem Vortrag „Femizide in Österreich“ eröffnete die Sozialwissenschaftlerin Birgitt Haller vom Institut für Konfliktforschung die Tagung. In der anschließenden Gesprächsrunde kamen die wichtigsten Institutionen im Gewaltschutz – von Gewaltschutzzentrum und Frauenzentrum bis zur Polizei und zum Frauenhaus Linz – zu Wort. Der Schwerpunkt lag darauf, Präventions- und Schutzangebote sichtbar zu machen und die Zusammenarbeit zu stärken. Ebenso wichtig sei es, dass die Zivilgesellschaft die richtigen Anlaufstellen kennt und bei Gewaltverdacht früh reagiert.

Männer und Rollenbilder  
im Wandel

Eine eindrucksvolle Perspektive brachte der deutsche Männerforscher Christoph May ein, der über „Macht und Männlichkeit“ sprach.

Er hält im deutschsprachigen Raum Vorträge und gibt Workshops zu „Toxischer Männlichkeit“ sowie Seminare über Männerbünde, Männerbilder und Feminismus für Männer. Er brachte auf anschauliche Weise dar, wie sehr wir in alten Rollenbildern denken und wie Bewusstseinsbildung gerade bei jungen Männern notwendig ist. Nach wie vor stehen viele Burschen unter dem Druck, „hart“ zu sein, keine Angst zu zeigen und Dominanz zu beweisen. Prävention beginnt dort, wo diese engen Rollenkorsetts aufgebrochen werden.

Junge Männer bewegen sich oft in Gruppen, in denen sexistisches Verhalten oder Abwertungen von Frauen zum „guten Ton“ gehören, um dazuzugehören. Daher braucht es bei der Burschenarbeit männliche Bezugspersonen, die Gleichberechtigung, Gleichstellung und Feminismus vorleben.

MEHR ZUM  
SYMPOSIUM:

Eine Liste aller Referent:innen, Fotos und Aufzeichnungen sind abrufbar unter:  
<https://ooe.gbw.at/nachlese260325/>



## Grün hält Frauen den Rücken frei.

Mit dir für dich.



## Männer als Teil der Lösung

Den Nachmittag prägte die Diskussion „Männer als Teil der Lösung“. Vertreter des österreichischen Dachverbands für Männerarbeit, des Vereins

„Jungen lernen früh, dass Macht Stärke bedeutet – und Schwäche gefährlich ist. Genau dort beginnt der Kreislauf, den wir durchbrechen müssen.“

Christoph May,  
Männerforscher

Neustart und der Männerberatung OÖ stellten erfolgreiche Ansätze vor, wie Männer aktiv in die Gewaltprävention eingebunden werden können. Vorge stellt wurde auch White Ribbon, die weltweit größte Bewegung von Männern gegen Gewalt an Frauen – mit dem Ziel, Verantwortung zu übernehmen und öffentlich ein Zeichen für Gleichstellung zu setzen.

Den Abschluss bildete eine Journalistinnenrunde mit Vertreterinnen von Kurier, OÖ Nachrichten, Tips und OÖ Krone, die über Verantwortung und Sprache in der Berichterstattung rund um Gewaltschutz diskutierten. Moderiert wurde die Runde von Dagmar Engl.

## LAUT, MUTIG UND SICHTBAR

Grüne Frauen OÖ setzen auf Kontinuität und neue Impulse im Vorstand

Bei ihrer Generalversammlung am 13. Februar 2026 wählten die Grünen Frauen Oberösterreich ihren neuen Vorstand. In ihrer Rede betonte Obfrau Dagmar Engl die Bedeutung einer aktiven und konsequenten Frauenpolitik. „Gleichberechtigung ist keine Einladung zum Kaffeekränzchen, sondern der mutige Umbau eines Systems, das

bislang vor allem die Sprache der Männer kannte,“ so Engl. Sichtbarkeit bleibe ein zentrales Anliegen: Wird eine Frau gesehen, könne sie nicht mehr ignoriert werden. Jedes Mal, wenn Frauen Missstände ansprechen, brechen sie auch das Schweigen für andere. Gleichberechtigung bedeute daher, ohne Angst leben zu können und traditionelle Rollenbilder zu hinterfragen – für eine Gesellschaft, die auf Augenhöhe funktioniert. „Frauen sind nach wie vor in vielen Lebensbereichen strukturell benachteiligt



– sie verdienen weniger, sind häufiger Gewalt ausgesetzt und finden zu selten geschütz-

te Räume zur Entfaltung. Wir werden so lange laut und mutig bleiben, bis sich dieses System zugunsten der Gleichstellung verändert,“ erklärte Engl abschließend.

Der neue Vorstand der Grünen Frauen OÖ setzt sich wie folgt zusammen:

Foto vorne v.l.n.r.: Julia Reiter, Dagmar Engl, Angelika Langmaier, dahinter v.l.n.r.: Martina Eigner, Sarah Birn  
Nicht am Foto: Sarah Loch und Rossitza Ekova-Stoyanova



# SUPERREICHE FAIR BESTEUERN

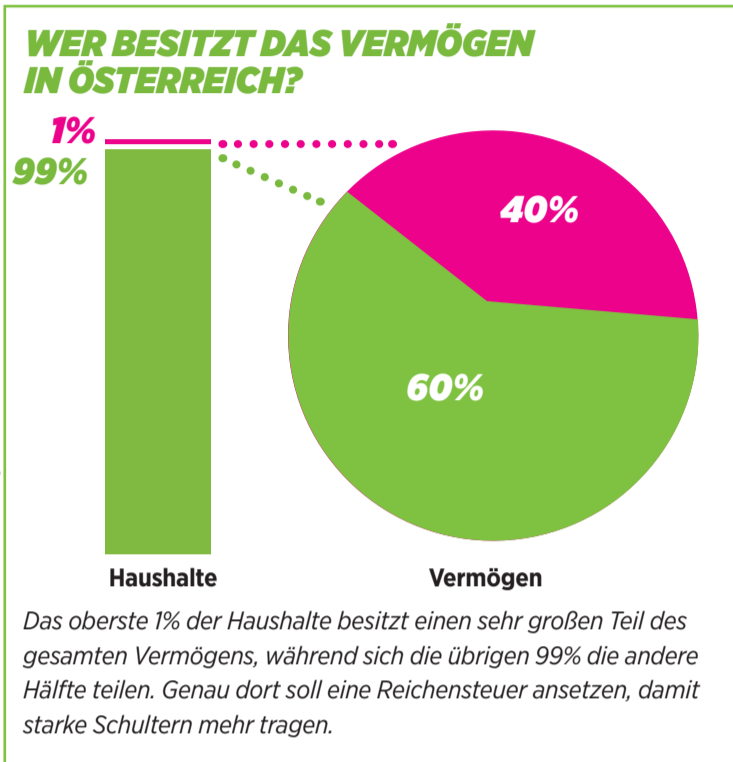
Viele Menschen fragen sich derzeit: Wer soll in Österreich eigentlich wie viel beitragen, wenn es ums Sparen geht?

■ BENJAMIN WIMMER

Österreich muss sparen. Die Regierung hat vor rund einem Jahr große Budgetkürzungen vermeldet. Gleichzeitig pochte die SPÖ und allen voran Vizekanzler Babler darauf, dass „starke Schultern mehr tragen“ müssten. Die rote Forderung nach vermögensbezogenen Steuern war sehr laut, vor allem aber sehr schnell abgelehnt durch die Koalitionspartner ÖVP und NEOS. Doch was macht die Regierung, wenn nicht die starken Schultern zu belasten? Sie greift Familien, Pensionist:innen und arbeitenden Menschen tief in die Tasche. Gebühren rauf, Öffi-Tickets teurer, zu wenig Geld für Kinderbetreuung. Aber während die Mehrheit immer mehr draufzahlt, bleiben Superreiche verschont.

## Ausverkauf der Heimat stoppen

Auch die oberösterreichische ÖVP-FPÖ-Landesregierung bietet gerne die Steuerzahler:innen zur Kasse, während sie Politik zugunsten der Millionäre und ihren Privatstiftungen macht. Besonders deutlich zeigt das der Umgang mit öffentlichen Geldern: Tourismuspolitik bedeutet, spekulative Chalet-Anlagen mit Steuergeldern zu fördern, Wirtschaftspolitik ist



hektarweise gerodeter Wald, damit ein Schotterbaron Millionen verdient und versprochene Arbeitsplätze ausbleiben.

Zudem fließen unter dem Deckmantel der Standortpolitik Unmengen an Steuergeld in fragwürdige Prestigeprojekte. So werden rund 36 Millionen Euro in einen Business-Shuttle von Linz in die Bankenmetropole Frankfurt investiert, um eine Flugverbindung, die wegen Unwirtschaftlichkeit eingestellt wurde, künstlich am Leben zu halten.

Gleichzeitig wird bei der Sozialhilfe gekürzt, Organisationen im Integrationsbereich verlieren bis zu 40 Prozent ihrer Förderungen und in Sachen Mobilität setzt das Land Oberösterreich mit dem teuersten Bundesland Klimaticket ebenfalls negative Zeichen. Das politische Muster

der Schwarz-Blauen Landeskoalition ist jedenfalls unschwer zu erkennen: Sparen bei denen, die weniger haben, damit die Wenigen, die viel haben, noch mehr bekommen.

## Ruf nach Gerechtigkeit

„Der Wunsch nach mehr Gerechtigkeit ist entsprechend groß. Mehr als 34.000 Menschen haben bereits die Grüne Petition „Superreiche fair besteuern“ unterschrieben. Die Botschaft ist klar: Es kann nicht sein, dass immer die breite Mitte zur Kasse gebeten wird, während die Reichsten geschont werden“, so Landessprecher LR Stefan Kaineder.

Die Grünen schlagen ein Modell vor, das gezielt dort ansetzt, wo große Vermögen weitergegeben werden. Erbschaften und Schenkungen bis zu einer

Million Euro bleiben steuerfrei, ebenso das Eigenheim bis zu einem Wert von 1,5 Millionen Euro beim Hauptwohnsitz. Auch Familienbetriebe und Bauernhöfe werden geschützt. Damit wird sichergestellt, dass nur jene einen Beitrag leisten, die über besonders große Vermögen verfügen.

Die Einnahmen daraus könnten sich auf rund 1,5 Milliarden Euro jährlich belaufen. Geld, das dringend für Bildung, Pflege, Kinderbetreuung und die Entlastung von Arbeitseinkommen gebraucht wird.

Mehr Fairness im Steuersystem bedeutet: Die breite Mitte wird entlastet und Superreiche leisten endlich einen gerechten Beitrag. Darum: Superreiche fair besteuern – damit wirklich alle gut in Österreich leben können.



## WENIGER NEUBAU, MEHR SANIERUNG

„Oberösterreich braucht mehr Sanierung und weniger Neubau“, fordert die Grüne Wohnbausprecherin **Ines Vukajlović** und sieht eine Abkehr von der bisherigen Wohnbaupolitik von Landesrat Haimbuchner als längst überfällig. Während der Neubau boomt, hinkt die Sanierung hinterher: Derzeit wird laut Grünen für Neubauten rund drei Mal so viel Geld ausgegeben wie für die Sanierung bestehender Gebäude.



Diese Schiefelage habe weitreichende Folgen, warnt Vukajlović. „Sie koste wertvollen Boden, treibe den Energieverbrauch in die Höhe, untergrabe Klimaschutzziele und lasse enorme wirtschaftliche Chancen ungenutzt.“ „Bei mageren 1,9 Prozent liegt derzeit die Sanierungsquote, obwohl als Zielwert 3 Prozent vorgesehen sind“, so die Abgeordnete.

Sie fordert daher eine klare Trendwende in der Wohnbauförderung, mit stärkeren Anreizen und klaren ökologischen Kriterien für die Sanierung. „Aktuell werden Standards gestrichen, reduziert oder nur das Allernötigste gemacht. Das ist extrem kurzsichtig. Wer heute niedrige Standards zulässt, produziert die Sanierungsfälle von morgen“, betont Vukajlović.

## IMPRESSUM

oö.planet 02/2026  
Zulassungsnr.: GZ 022031264 M

**Medieninhaber:innen:** Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17  
**Herausgeber:innen:** Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag.

**Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger,  
**Mitarbeiter:innen und Autor:innen:** Benjamin Wimmer, BA, Anne-Sophie Bauer, Severin Mayr, Dr. René Freund, Mag.<sup>a</sup> Sandra Prommer  
**Korrektorat:** Mag.<sup>a</sup> Barbara Vanek  
**Fotos:** Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner  
**Gestaltung:** agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner  
**Produktion:** Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner  
**Adressenverwaltung:** Tel.: 0732/73 94 00, Mag. Richard Steinmetz service.ooe@gruene.at  
**Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz  
**Verbreitete Auflage:** 21.000 Stück  
Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint **Mitte Juli 2026**

## MITEINANDER STATT HASS

Zum Internationalen Tag gegen Rassismus wurde die Antirassismus-Kampagne „Miteinander Linz“ als Good Practice Beispiel ausgezeichnet.

■ MARCO VANEK

Seit 60 Jahren erinnert der Internationale Tag gegen Rassismus daran, wie wichtig konsequentes Gegensteuern ist. In einer Zeit, in der rassistische Parolen auf der Straße und in den sozialen Medien lauter werden, setzt die Stadt Linz mit „Miteinander Linz“ ein bewusstes Gegenignal. Die Kampagne zeigt, wie

Städte konkret Verantwortung übernehmen können – und macht Mut, Rassismus nicht als traurige Normalität hinzunehmen.

Initiiert wurde „Miteinander Linz“ im Vorjahr von der Integrationsprecherin der Grünen Linz, Gemeinderätin Abena Carty Pinner, gemeinsam mit der damaligen Vizebürgermeisterin Tina Blöchl. Plakate und Sujets im Stadtraum machen sichtbar, dass Rassismus, Antisemitismus, Muslim:innenfeindlichkeit und jede Form der Ausgrenzung in Linz keinen Platz haben. Bei der Österreichischen Antirassismus-Messe in Wien wurde

die Kampagne nun als Good Practice Beispiel präsentiert – ein Zeichen dafür, dass lokale Initiativen auch bundesweit Strahlkraft entfalten können.

Der politische Rechtsruck, verschärfte Abschiebepolitik und alltägliche Hasspostings treffen auf eine beunruhigende Statistik: Rechtsextremistische, fremdenfeindliche und rassistische Tathandlungen haben sich in Österreich in wenigen Jahren nahezu verdoppelt. Hinter jeder dieser Anzeigen stehen Menschen, die Beschimpfungen, Benachteiligungen und Gewalt ausgesetzt sind. Genau hier setzt „Miteinander Linz“ an: Die Kampagne stärkt Be-

troffene, widerspricht offen rassistischen Bildern und lädt alle ein, Partei für ein respektvolles Miteinander zu ergreifen.



## KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR  
KLUBOBMANN DER  
GRÜNEN IM ÖÖ. LANDTAG  
SEVERIN.MAYR@  
GRUENE.AT

## VARIATIONEN SCHLECHTER POLITIK

Die Politik von Schwarz-Blau ist seit zehn Jahren insgesamt keine gute. Über die Jahre haben sich Sonderformen herausgebildet. Da wäre die „Last-Minute-Politik“: Der Umgang mit dem Linzer Flughafen ist dafür typisch. Lange hat man tatenlos zugeschaut, um dann panisch einer dänischen Billig-Airline bis 36 Millionen Euro für die unrentable Strecke Linz-Frankfurt zu überweisen. Ähnlich beim Kasberg, wo man erst jetzt ein Auffangnetz montiert. Dann die „Minimal-Politik“.

„Last-Minute-Politik“  
„Minimal-Politik“  
„Kämmerlein-Politik“  
„Wir-sind-so-rechts“-Politik

In Klima-, Boden- und Energiewendefragen passiert nur das absolut Notwendige – das Energieeffizienzgesetz ist dafür jüngstes Beispiel. Ebenfalls beliebt: die „Kämmerlein-Politik“. Da werden ganz still Entscheidungen getroffen, die dann irgendwann als Aufreger aufpoppen – etwa Förderungen für Luxusresorts, Genehmigungen für ebensolche Campingplätze oder der Widmungsklassiker Betriebsbaugelände Ohlsdorf. Und schließlich die „Wir-sind-so-rechts“-Politik: Wer Sozial- oder Wohnbeihilfe beantragt, in Integrationsprojekten arbeitet oder nach jobtauglicher Kinderbetreuung sucht, weiß, was gemeint ist. Man darf nichts über einen Kamm scheren. Auch schlechte Politik hat ihre Variationen.



Foto: Flughafen Linz GesmbH

Während Busse und Bahnen um jeden Euro ringen, pumpt Schwarz-Blau bis zu 36 Millionen in eine Linz-Frankfurt-Linie, die andere Airlines längst aus Rentabilitätsgründen gestrichen haben.

### ■ MARKUS ECKER

Keinen blassen Dunst, was ein Flugzeugsitz kostet. Heftig viel, wahrscheinlich. Gesichert ist, dass die Oberösterreicher:innen pro Mann, Frau und Nase in den nächsten vier Jahren mindestens 70 Euro in einen solchen einzahlen. Mit ihrem Steuergeld. Für eine 36 Millionen Euro Verbindung vom Linzer Flughafen nach Frankfurt. Gibt's nicht? Doch.

In aller Kürze: Bis zu 36 Millionen überweist das Land OÖ an die dänische Billigfluglinie

DAT, damit sie Linz-Frankfurt-Linz fliegt. Schwarz-Blau hat sich diese Mittel – weil nötig – vom Landtag abnicken lassen. „Nicht mit uns“, stellt der Grüne Klubobmann LAbg. Severin Mayr klar. „Wir machen bei dieser First-Class-Steuergeldverschwendung nicht mit“. Es ist eine Verbindung, die andere Airlines gecancelt haben, weil sie unrentabel ist. Weil die Flieger halb leer waren. Eine Verbindung, die Schwarz-Blau aber auf sündteures Biegen und Brechen will, weil sie darin die Rettung des Linzer Flughafens sieht. Natürlich Unsinn. Aber damit sind wir beim Kern der Sache. Jahrelanges Versagen von Management und verantwortlicher Politik haben den Airport abgewirtschaftet. „Strecken sind weg, die Zahlen rot, eine echte Strategie hat es längst nicht mehr gegeben“, verweist Mayr auf einen Bericht des Landesrechnungshofes, der die Gründe für den Niedergang minutiös auflistet. Und jetzt macht man mit dem Unfug

weiter. „Zig Millionen an Steuergeld steckt man in ein unrentables Business-Shuttle in die Bankenmetropole. Selbst bei völlig unrealistischer Vollausslastung bringt sie dem Airport nicht die nötigen Passagiere für eine satte Null“. Die Rechnung ist einfach: Rund 500.000 Passagiere braucht der Airport für einen kostendeckenden Betrieb. 260.000 waren's 2025. 100.000 brächten volle Frankfurt-Flieger, fehlen immer noch 140.000. Und das Sahnehäubchen: Diese Millionen werden rausgehauen ohne sichtbare Strategie. Sorry: laut LR Achleitner gibt es sie. Nur hat sie keiner je gesehen oder gelesen. Auch nicht der Landesrechnungshof.

Um es klarzustellen: Die Grünen bekennen sich zum Linzer Flughafen. Zu seiner langfristigen Absicherung. „Mit einer Verzweiflungsaktion ist das nicht machbar“, meint Mayr. Dafür muss es einen Neuanfang geben, und dieser kann

nur mit einer klaren Strategie funktionieren“. Diese Strategie ist – sagen wir – das Drehkreuz – in der weiteren Entwicklung des Airports und sie muss endlich offengelegt werden. „Das haben wir per Antrag eingefordert. Dann wird sich klären, ob es diese Strategie

„Millionen werden rausgehauen ohne sichtbare Strategie.“

wie behauptet überhaupt gibt, was drinsteht oder ob's ein klassisches Luftloch ist“, ist Mayr gespannt. Auch darauf, wie man weitere Kosten des Flughafens decken will. Denn neben den 36 Millionen warten Investitionen etwa in die fällige Erneuerung der Piste. Dazu muss das laufende Minus ausgeglichen werden. Die 100 Millionen Grenze ist da nicht fern. Eins ist klar: Die Debatte um den Airport ist nicht gelandet, sie hat gerade erst abgehoben.

## AUF DAS SPITALSPERSONAL ZUGEHEN



Die Grüne Gesundheitssprecherin **Brigitte Huber-Reiter** sieht angesichts der anhaltenden Überlastung des Personals weiterhin großes Konfliktpotenzial in Österreichs Spitälern. „Der Streik in den Ordensspitälern zeigt die enormen Spannungen – das darf kein Dauerzustand werden“, betont sie. Aus eigener Berufserfahrung kenne sie die berechtigten Forderungen: weniger und flexibler gestaltete Arbeitszeit, mehr Erholungsphasen. Nur so könne die hohe Versorgungsqualität erhalten bleiben. Ohne Verbesserungen seien weitere Konflikte unausweichlich – ob in Landes- oder Ordensspitälern.

## GEWALTAMBULANZ AM KUK IN LINZ GESTARTET

Neue Anlaufstelle in Linz stärkt medizinische Versorgung, Spurensicherung und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen.

### ■ MARKUS ECKER

Es hat einen tragisch-empörenden Vorfall benötigt, damit die verantwortliche Politik reagierte. Für diese war eine solche Einrichtung zuvor nicht zwingend, nachdem eine vergewaltigte Frau vom KUK abgewiesen worden war, aber sehr wohl. „Man hat Fehler erkannt und nun hat die Gewaltambulanz ihre Arbeit

aufgenommen, damit ist das Fundament gelegt“, sieht sich die Grüne Frauensprecherin Dagmar Engl bestätigt. Warum ist die Gewaltambulanz eine so wichtige Neuerung? Sie ist für die Betroffenen erste, anonyme Anlaufstelle. Untersuchungen werden vorgenommen, Verletzungen werden dokumentiert und Spuren gesichert. Sie ist unmittelbare Versorgung, aber auch Teil der Strafverfolgung.

Dass auf diesem Fundament aufgebaut wird, sehen die Grünen als politischen Auftrag. So kursieren angeblich Pläne, die Gewaltambulanz zu einem Zentrum für klinisch-forensische Versorgung auszubauen. „Wir

Grünen werden genau darauf achten, dass es nicht nur bei Plänen und Ankündigungen bleibt“, kündigt Engl an. Zweitens muss die Gewaltambulanz bekannt gemacht werden. „Betroffene von Gewalt, aber auch Ärzt:innen, Polizei und Beratungsstellen in Oberösterreich müssen wissen, dass es die wichtige Einrichtung nun gibt“, betont Engl.

Auch wenn die Taten bereits erfolgt sind: Die Gewaltambulanz ist natürlich ein Instrument gegen Gewalt an Frauen. Andere Projekte, vor allem präventive warten darauf umgesetzt oder finanziell abgesichert zu werden. Etwa „STOP – Stadttei-

le ohne Partnergewalt“, für das die Bundesgelder immer noch nicht bestätigt sind. „Der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen kennt etliche Mittel, alle müssen genutzt, gestärkt und gesichert werden“, betont Engl.

### HINWEIS

Die Gewaltambulanz am Kepler Universitätsklinikum ist rund um die Uhr erreichbar unter:

T +43 (0)5 7680 83 - 57800  
Kepler Universitätsklinikum Linz  
Gewaltambulanz  
am Med Campus,  
Krankenhausstraße 9

# KEINE SANIERUNGSPFLICHT BEI LANDESGEBÄUDEN

Per Holding-Konstruktion werden eigene Landesbauten elegant aus der Sanierungspflicht nach dem Energieeffizienzgesetz herausgeschraubt. Die Rechnung landet bei den ohnehin finanziell klammen Kommunen.

■ MARKUS ECKER

Sanieren ist toll. Auch bei öffentlichen Gebäuden. Meint auch das Land Oberösterreich. Noch toller findet es die schwarz-blaue Koalition aber, wenn man das doch recht aufwendige und kostspielige Sanieren anderen überlässt. Wenns zwar gesetzlich vorgegeben wäre, man sich aber durch einen Trick raus-schrauben kann. Wie kommts? Um was geht's?

Grundsätzlich um das Energieeffizienzgesetz. Gemäß den EU-Vorgaben hat auch das Land OÖ ein solches zu erlassen und umzusetzen. Klingt sperrig, ist aber vorbehaltlos gut. Denn viele öffentliche Gebäude in Oberösterreich, wie Schulen, Kindergärten und Gemeindeämter, sind baulich veraltet, gehören saniert und wie der Name sagt,

energieeffizient gemacht. „Das spart eben Energie und Kosten, hilft dem Klima und durch Aufträge auch der regionalen Bauwirtschaft“, bringt die Grüne Klimaschutzsprecherin LABg. Anne-Sophie Bauer die Vorteile auf den Punkt.

**Energieeffizienz-Gesetz gilt nur für ein Landesgebäude**

So weit, so fein, so logisch. Nun zum unlogischen und zu Schwarz-Blau. Die meisten Landesgebäude sind ausgegliedert in die Landesimmobiliengesellschaft, kurz LIG, eine 100%-Tochter der Landesholding. Also Landeseigentum in Reinkultur. Aber betroffen vom Energieeffizienzgesetz sind sie nicht. ÖVP und FPÖ haben offenbar einen Passus entdeckt, der ihnen erlaubt, genau diese Landesgebäude auszunehmen. „Wie sinnlos ist das denn? Die Gebäude gehören dem Land, werden aber von der Sanierungspflicht ausgenommen, weil sie in einer Holding geparkt sind, die aber ohnehin dem Land gehört. Das geht am Ziel dieses Gesetzes

„Das Land OÖ hängt den Gemeinden Kosten um.“

schafft, kurz LIG, eine 100%-Tochter der Landesholding. Also Landeseigentum in Reinkultur. Aber betroffen vom Energieeffizienzgesetz sind sie nicht. ÖVP und FPÖ haben offenbar einen Passus entdeckt, der ihnen erlaubt, genau diese Landesgebäude auszunehmen. „Wie sinnlos ist das denn? Die Gebäude gehören dem Land, werden aber von der Sanierungspflicht ausgenommen, weil sie in einer Holding geparkt sind, die aber ohnehin dem Land gehört. Das geht am Ziel dieses Gesetzes

völlig vorbei“, kritisiert Bauer. Ein besonderes Bonmot. Alle klassischen Landesgebäude wären erfasst, meint Landesrat Achleitner. „Es handelt sich exakt um ein einziges Gebäude. Die Produktionsschule in der Poloplaststraße in Linz. Das ist reine Veräppelung“, ärgert sich

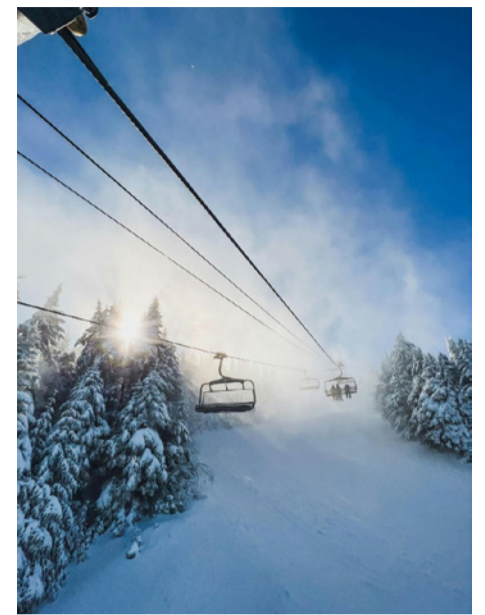


Bauer. Logisch, dass die Grünen das so nicht stehen lassen und einen verbindlichen Sanierungsplan für alle Gebäude der Landesimmobiliengesellschaft eingefordert haben.

**Land überträgt Kosten an Gemeinden**

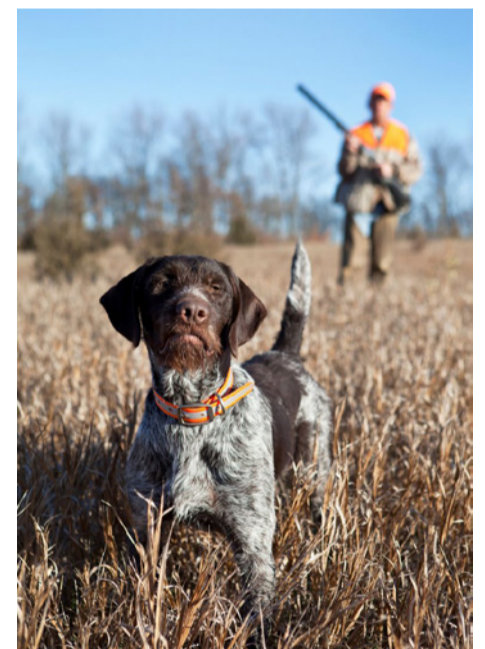
Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Aber die andere glänzt auch nicht heller. Denn das Land OÖ nimmt sich nicht nur aus der eigenen Sanierungspflicht, sondern auch aus der Verantwortung gegenüber den Gemeinden. Aber es sind die Kommunen, die nun die Hauptlast tragen müssen. „Rund 2000 Gebäude wird die Sanierungspflicht in den Gemeinden betreffen. Angesichts der bekannt prekären Finanzlage der Kommunen wird dies zur Mammutaufgabe“, zeigt Bauer auf. Logisch, dass die Grünen diese Unterstützung durch das Land OÖ verlangen. Ein weiterer Antrag ist bereits eingebracht.

Was sagt uns dieses Vorgehen? Erstens macht diese Koalition das Allernötigste, wenn es um Klimaschutz und Energiewende geht. Zweitens hängt sie den Gemeinden Kosten um und lässt sie im Stich. Beides ist langjährig erprobt, übel und vor allem folgenschwer.



## TOURISTISCHE ZUKUNFT DES ALMTALS SICHERN

Zügige und konstruktive Gespräche fordert der regionale Grüne Abgeordnete **Reinhard Ammer** von den angekündigten Gesprächen zur Übernahme des Skigebiets Kasberg durch die OÖ. Seilbahnholding. „Das Aufatmen der Menschen ist ebenso groß, wie es nun die Erwartungen sind. Diese dürfen nicht enttäuscht werden. Es geht um die Zukunft einer ganzen Region“, betont Ammer, der nach wie vor ein touristisches Ganzjahreskonzept als zielführendste Variante sieht. Bei Klimawandel, milden Temperaturen und Schneemangel nur mehr auf das Skifahren zu setzen, ist einfach kurzsichtig. Das Almtal braucht daher alternative Angebote und eine Schwerpunktsetzung auf den Ganzjahres-tourismus. Das sagt auch der Landesrechnungshof klipp und klar.“



## „WILDERN“ GESETZLICH GENAU DEFINIEREN

Eine klare Definition von „Wildern durch Hunde und Katzen“ im OÖ. Jagdgesetz fordert der Grüne Tierschutzsprecher **Rudi Hemetsberger**. Tierhalter:innen bangen laut ihm zu oft vor dem Abschuss ihrer Tiere wegen angeblicher Wilderei. „Diese Gefahr muss durch eine Gesetzesänderung reduziert werden“, so Hemetsberger. Derzeit dürfen Jäger Hunde erschießen, wenn sie „wildernd“ angetroffen werden – ohne dass das Gesetz präzisiert, was das bedeutet. „Ein Abschuss darf nur das letzte Mittel sein“, betont Hemetsberger. Daher brauche es klare Kriterien und eine Entschädigungspflicht, wenn Haustiere von Jagdorganen getötet werden.



## SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

# 23. MÄRZ 2026

Du Tagebuch, bin verwirrt, na, Frühlingshormone san ma schon lang wurscht, die Uhr hab ich umgestellt und schwere Tram, dass mi zum SPÖ Chef gewählt haben, hab i zu 81 Prozent a nimma. Mi verwirrt oba, dass die Welt so derart gaga ist. Thanks Trump. Der commander in chief is out of control. Früher hat er glaubt Te-heran haßt der vom Staff, der immer mit der Thermoskann umarennt, jetzt bombardiert er es. Die Mullahs san brutale Unsympathler, aber schießen anfangen, weil ma vielleicht gegens Golfwagerl grennt is, is nu ka Strategie. Zuerst Venezuela. Grönland liegt auf Eis, auf Kuba is finster und der Kim il Jung a schon ganz stad. Austria kennt er net, aber sie werden eam hoffentlich doch erkärt haben,

was der Unterschied zwischen Schiitten und Schihitten ist. Net, dass er vor unserer großen Wehrdienstreform nu auf blede Gedanken kommt.

Und was ist die größte Sorg wenn's scheppert? Yep, des Öl. Immer des gleiche. Nu bevor ma „na Super“ sagen kann, ist der Diesel wi a Wiesel oben. Jetzt gibt's a Spritpreisbremserl. Aber immerhin mehr als die Regierung zerst gmacht hat. Da hats den Multis den Zapfhahn ausgehängt vor lauter Lachen. Dass die Tankstellen die Preise nur Montag, Mittwoch und Freitag erhöhen derfen. A ausbaufähiger Split. Künftig nur dreimal die Wochen bombardieren und der Ölpreis hält. Dienstag, Donnerstag und Samstag taten sich anbieten. Und den

Sonntag nehmen ma her für die Energiewende. Oder halt jeden zweiten, dass man ja nix überhudelt. Der Erneuerbaren Ausbau ist genau so lang Thema, bis die letzte Drohne wieder einpackt is.

Und was gestritten wird. Beim Gericht. Wars a Bürgeranliegen oder a ungestiöse Intervention. Oder beim Österreichischen Dagehtsaberundfunk. Die Anwälte haben Arbeit und wir a ungebührliche ORF Eigenproduktion, die hoffentlich bald wieder abgesetzt wird.

Flugs nach Oberösterreich. Bis zu 36 Millionen Euro zahlts Land für die Linz – Frankfurt Verbindung, die se der LH und sein Luftrat einbilden, aber nu nie funktioniert hat. Fliegen tut net die Landhansa, Leeroflot

oder Stelz-Air. Na die dänische DAT macht des Business-Shuttle. Des erfolgversprechendste Flugprojekt seit Ikarus. Der hat sich die Flügel versengt, jetzt wird a Haufen Steuergeld verbrennt. Was nu: Der Kasberg kommt wahrscheinlich in die Seilbahnholding, Ich siach schon die Schlagzeilen: Schneefallgrenzen sinken wieder, Skifahren gesichert und ausn Energieeffizienz-Gesetz macht Schwarz-Blau a Wirschraubenunsumitvehemenz-Gesetz. Warum? Steht weiter oben.

Übrigens, so im Abspann im weltweiten Interessensranking, die Gletscher schmelzen nimma sondern zerbröseln, Arg gell?

■ MARKUS ECKER



## GRÜNE JUGEND: KOCHABEND

Viele Jugendliche haben im Alltag zu wenig Zeit und Geld, um regelmäßig frisch und gesund zu kochen. Zwischen Schule, Ausbildung, Arbeit und anderen Verpflichtungen bleibt oft wenig Raum dafür, bewusst zu essen und neue Gerichte auszuprobieren. Deshalb organisieren wir am 18.04. um 17:00 Uhr einen gemeinsamen Kochabend in der Landgutstraße 17, 4040 Linz.

An diesem Abend wollen wir zusammen kochen, neue Rezepte kennenlernen und in entspannter Atmosphäre leckeres Essen zubereiten. Dabei geht es nicht nur ums Kochen selbst, sondern auch darum, sich auszutauschen und gemeinsam einen gemütlichen Abend zu verbringen. Wenn du zwischen 14 und 30 Jahren bist, komm gerne vorbei und mach mit – die Teilnahme ist für dich kostenlos. Wir freuen uns auf dich!

Eine Veranstaltung der Grünen Jugend:  
**gruene-jugend.at**



## OÖ.PLANET - JETZT AUCH DIGITAL

Gut für die Umwelt, schneller bei Dir: wenn Du möchtest, schicken wir Dir den oö.planet künftig schnell per E-Mail zu. Füll einfach das Formular unter **ooe.gruene.at/digital** aus oder scanne den QR-Code oder den oö.planet online nachlesen: **ooeplanet.at**



## REDAKTION

**oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ**  
Landgutstr. 17, 4040 Linz  
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556  
**Leser:innenzuschriften:**  
Mail marco.vanek@gruene.at  
Tel. 0732/73 94 00  
Adressverwaltung: Mag. Richard Steinmetz Mail service.ooe@gruene.at

## KONTAKT

**Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative**  
Landgutstraße 17, 4040 Linz  
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556  
Mail ooe@gruene.at  
Web ooe.gruene.at  
FB facebook.com/grueneooe

# DIE REDAKTION EMPFIEHLT:



Foto: privat

## NACHKOCHEN

**Cabbage Sesam Slaw, beigelegt von Anne-Sophie Bauer, Grüne Landtagsabgeordnete**

1/2 Weißkraut, 1/2 rote Zwiebel, 1 Limette, 2 TL Sesamöl, 2 TL Sesamsamen, 30 g geröstete & gesalzene Erdnüsse, Salz; Das Kraut fein hobeln (Strunk entfernen), die rote Zwiebel ebenfalls in feine Streifen schneiden und beides in eine große Schüssel geben. Mit einer großzügigen Prise Salz gut vermischen. Den Saft einer halben Limette darüberpressen und nochmals gut durchmischen. Danach: Ruhe für 30 Minuten. Den entstandenen Saft vorsichtig abgießen und wegschütten. 1 Teelöffel Sesamöl darüberträufeln, noch etwas Limette darüber auspressen und erneut mischen. Die gerösteten Erdnüsse grob hacken und zusammen mit den Sesamsamen über den Salat streuen. Alles gut vermengen und genießen.



Foto: Verlag oekom

## NACHLESEN

„Heiße Sommer gab es früher auch schon!“, „die Technologie wird uns retten“, „es ist sowieso schon zu spät“.

Es gibt unzählige Ausreden, die wir parat haben, wenn Klimaschutz zu anstrengend und unbequem wird. Und der Psychologe Thomas Bruderermann kennt sie alle. Mehr Optimismus statt Fatalismus lautet die Devise, auch wenn konsequenter Umweltschutz manchmal schwerfällt. Mit Augenzwinkern und Humor erklärt Bruderermann, was hinter der Selbsttäuschung steckt, wie menschliches Entscheidungsverhalten funktioniert und wie wir den Weg in eine klimafreundliche Zukunft schaffen (können).

**„Die Kunst der Ausrede“  
Warum wir uns lieber selbst täuschen, statt klimafreundlich zu leben  
Verlag oekom; Illustriert von Annechien Hoeben**



Foto: ORF

## NACHSCHAUEN

**ORF-Am Schauplatz:  
Bauruine statt Luxusresort**

Diese Reportage ist eine sehenswerte, ausgesprochen auf-rüttelnde Dokumentation über die Kehrseite des touristischen Immobilienbooms in Österreichs schönsten Regionen. Sie zeigt was übrigbleibt, wenn große Versprechen von Rendite, Arbeitsplätzen und regionaler Wertschöpfung an der Realität aus steigenden Baukosten, hohen Zinsen und ausbleibenden Investoren zerschellen.

Im Zentrum stehen Chaletdörfer und Apartmentresorts, wie jenes auf der Höss in Hinterstoder. Diese schießen wie Pilze aus dem Boden, häufig getragen von der Idee, dass Immobilien für internationale Käufer eine sichere Anlage seien und Menschen mit Zweitwohnsitzen die Berge wirtschaftlich „retten“ würden.

**Unbefristet zum Nachschauen auf ORF ON: <https://on.orf.at/video/14309283/am-schauplatz-bauruine-statt-luxusresort>**



Foto: Peter Kainath

## NACHHÖREN

**radio planetarium #122:  
Sichtbarkeit wirkt!**

Wer sichtbar ist, wird gehört – und wer gehört wird, kann etwas verändern. Doch gerade für Frauen war der Weg zu dieser Sichtbarkeit lange Zeit alles andere als selbstverständlich. Unter dem Titel „Backlash? Not today!“ diskutierten Expertinnen aus unterschiedlichen Bereichen darüber, wie sich gesellschaftliche Rollenbilder verändern – und welchen Einfluss Medien, Politik und soziale Netzwerke darauf haben.

Den inhaltlichen Auftakt des Abends gestaltete Maria Pernegger, Geschäftsführerin von Media Affairs in Losenstein. In ihrem Vortrag sprach sie darüber, warum Sichtbarkeit mehr bedeutet als nur Präsenz in der Öffentlichkeit. Im Anschluss diskutierten auf dem Podium Persönlichkeiten aus Medien, Bildung, Wirtschaft, Kultur und Social Media.

**Die Sendung zum Nachhören steht auf <https://ooe.gbaw.at/planetarium-122-sichtbarkeit-wirkt/> zur Verfügung.**

# NOCH EIN APFELBAUM

Warum es sich lohnt, weiterzumachen – auch wenn die Politik längst aufgehört hat.

## ■ RENÉ FREUND

**M**eine Tochter war mit siebzehn Anhängerin von Fridays For Future. Sie hörte auf, Fleisch zu essen, und wenn sie mit ihren Mitstreiterinnen ans Meer fuhr oder eine Städtereise machte, nahmen sie den Zug oder den FlixBus. Das war manchmal mühsam, aber selbstverständlich. Heute, sechs Jahre später, besucht die einstige Klima-Aktivistin eine Freundin in Brüssel. Und zwar mit dem Flugzeug. Gern macht sie es nicht, aber das Flugticket kostet eben nicht mehr als ein Nudelgericht im Bahnhofsbistro.

Wenn ich heute mit jungen Leuten rede, höre ich oft den selben Seufzer: „Wir haben alles versucht, aber die da oben drehen die Zeit zurück.“ Klimagesetze werden gelockert wie ein zu enger Gürtel nach dem Weihnachtsbraten. Und dann



erfahre ich noch: Ausgerechnet der Ölkonzern BP (Jahresumsatz 2025: fast 200 Milliarden Dollar) hat den persönlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck populär gemacht – ein genialer Trick, der uns weismachen soll, die Klimakrise entstünde vor allem durch meine Waschmaschine und deinen Toaster, nicht durch ihre Bohrseln. Verständlich, dass

angesichts der vielen Rückschritte auch wohlwollende Menschen die große Aufgabe aufgegeben haben, unter dem Motto: Nicht meine Schuld, dass der Flug nach Brüssel einen Bruchteil vom Zugticket kostet.

Freunde aus meiner Generation, die einst einen wilden Streit um Tempo 100 mit einem überzeugt

schnellfahrenden SUV-Besitzer ausfochten, fliegen heuer zur Kirschblüte nach Japan. Warum tun auch die Wohlmeinenden jetzt so, als wäre alles verloren? Während die USA Klimaabkommen wie lästige Newsletter abbestellen und die EU am Green Deal herumschnipselt, als ginge es nur um kosmetische Korrekturen, verschiebt man das Aus für Verbrenner auf den Sankt-Nimmerleinstag. Und wir? Wir geißeln uns als moderne Bűßer, indem wir tapfer mit der Deutschen Bahn fahren und mit zwei Stunden Verspätung unser Mantra wiederholen: „Es ist für die Umwelt. Es ist für die Umwelt ...“

Und trotzdem: Ganz verloren ist es noch nicht. Es lohnt sich immer, weiterzumachen – notfalls pflanzen wir halt, ganz lutherisch, noch ein Apfelbäumchen. Vielleicht rettet es nicht die Welt. Aber es verhindert, dass wir selbst rettungslos verlorengehen.

**René Freund lebt als Schriftsteller im Almtal. [www.renefreund.com](http://www.renefreund.com)**